

1. Einleitung

Willkommen im freien Europa!

»Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.

In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.«

*Charta der Grundrechte der Europäischen Union
(Europäische Union 2010)*

»I came to Berlin mostly by coincidence.« Irina¹ hielt kurz inne, während ich ihre Worte in meinem Notizbuch niederschrieb. Es war einer der ersten warmen Tage in Berlin im Frühjahr 2018, an dem Irina und ich uns in einem Kreuzberger Café zu einem Gespräch verabredet hatten. Wir hatten bis dahin nur per E-Mail in Kontakt gestanden, waren uns also noch nicht persönlich begegnet und mussten uns im geschäftigen Treiben des Cafés anhand einer kurzen Beschreibung unseres Aussehens finden. Bereits kurz nach meiner Ankunft im Café sah ich eine junge Frau auf mich zukommen, die Irinas Beschreibung

1 Es handelt sich hierbei, wie bei allen anderen genannten Namen von Forschungsteilnehmer*innen, um ein Pseudonym. Für Begründungen und Hintergründe der Pseudonymisierung vgl. Abschn. 2.3.

entsprach, und die mich auf Englisch fragte, ob ich die Forscherin sei, die hier mit ihr für ein Interview verabredet war.

Gleich nach dieser Begrüßung stellte sich die Frage, in welcher Sprache wir unser Gespräch beginnen bzw. fortsetzen wollten. Unsere bisherige Korrespondenz hatte auf Englisch stattgefunden, ich hatte mich aber gedanklich auf ein Interview auf Russisch – Irinas Erstsprache – eingestellt. Irina jedoch entschuldigte sich dafür, mit mir nicht auf Deutsch reden zu können, da ihre Sprachkenntnisse dafür noch nicht ausreichten. Ich versicherte ihr, dass das überhaupt kein Problem (und auch nicht meine Erwartungshaltung) sei, und nach einem kurzen gemeinsamen Überlegen einigten wir uns darauf, beim Englischen zu bleiben. Denn Irina, die sehr auf ihre Anonymität bedacht war und auch einer Aufnahme unseres Gesprächs nicht zustimmte, befürchtete, dass eine Unterhaltung auf Russisch die Aufmerksamkeit Außenstehender auf sich ziehen konnte. Demgegenüber waren zwei weiße² cis³ Frauen, die sich an einem sonnigen Tag im Garten eines Kreuzberger Cafés auf Englisch über Sex unterhielten, kein seltener Anblick im Berlin der 2010er Jahre. Nachdem wir an einem abgelegenen Tisch Platz genommen hatten und ich noch einmal die Rahmenbedingungen des Interviews erläutert hatte, begann Irina von ihrer zufälligen Ankunft in Berlin zu erzählen.

»I wanted to pursue a postgraduate degree and Germany offers higher education for free. And in Berlin I could study my desired program.« Beim späteren Digitalisieren meiner Notizen fiel mir auf, dass ich vermutlich genau dasselbe geantwortet hätte, hätte mich jemand vor ein paar Jahren gefragt, warum ich nach Berlin gekommen war. Und wahrscheinlich traf diese Aussage auf viele weitere Personen zu, die in Berlin studierten. Für Irina gab es jedoch noch einen weiteren Grund, der gerade Berlin für sie zu einem Ort machte, an dem sie ihre Studienpläne verwirklichen konnte: »I also would not have been able to continue doing sex work somewhere else. Because in Berlin it is easy to mingle, to disappear in the crowd, which is better when you want to hide.«

Was macht Berlin zu einem Raum, der für Irina und andere Teilnehmer*innen dieses Forschungsprojekts die Verwirklichung von Studienplänen, sozialer Mobilität oder einem ›guten Leben‹ greifbar werden ließ, dafür aber ein ›Verstecken‹ notwendig und zugleich möglich machte? In diesem Buch zeige ich auf, dass es sich dabei nicht bloß um einen beliebigen Zufall handelte. Vielmehr verweisen die subjektiven Wahrnehmungen der Teilnehmer*innen und das Erleben von Migration, Sexualität und Sexarbeit in Berlin auf ein grundlegendes Spannungsverhältnis im heutigen ›Europa‹; in einem ›Europa‹,

-
- 2 Unter ›weiß-Sein‹ verstehe ich kein eindeutig bestimmbares phänotypisches Merkmal, sondern eine spezifische, machtvolle und verkörperlichte Positionierung in hegemonialen rassifizierten Hierarchien. Dies wird in Kap. 5 umfassend diskutiert. Dass Irina und ich innerhalb dieser Hierarchien als weiß verortet werden bzw. uns verorten können, soll dennoch bereits an dieser Stelle Erwähnung finden, da ›weiß-Sein‹ als gesellschaftliche Norm häufig unmarkiert bleibt und damit auch das (Nicht-)Auffallen in Berliner Cafés ermöglicht.
 - 3 Mit dem Adjektiv ›cis‹ werden Menschen bezeichnet, deren geschlechtliche Identität mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihnen entlang hegemonialer soziokulturell-verkörperlichter Geschlechterordnungen bei der Geburt (und darüber hinaus v.a. in institutionell-bürokratischen Kontexten) zugewiesen wurde. Demgegenüber werden mit dem Adjektiv ›trans‹ Menschen bezeichnet, deren Geschlechteridentität nicht mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

das maßgeblich durch (neo-)liberale ›westeuropäische‹ Vorstellungen und Vormachtstellungen bestimmt wird. Dieses ›Europa‹ erwies sich für die Teilnehmer*innen *sowohl* als Imaginationsraum und Orientierungspunkt für die Verwirklichung individualisierter Vorstellungen von Mobilität und einem ›guten Leben‹ *als auch* als Grundlage ihrer strukturellen Marginalisierung und Ausgrenzung als ›Osteuropäer*innen‹, wie es auch Irina erlebte:

»I did not know much about Germany before I came here, but I had certain ideas about Germany and Western Europe in contrast to Southern and Eastern European countries. I expected a lot. And in some ways, these expectations were met: The streets are clean, public transport smells nice, the infrastructure is good. But in terms of upholding values, I was very disappointed. Being a migrant comes with many problems in Germany, and there are many stereotypes about ›Eastern Europe‹. Poverty, lack of law... I can see some of these issues present in ›Eastern Europe‹, but I have issues with the stereotypisation. And I feel Germany even targets the most vulnerable, like with this new sex work legislation.«

Bei dieser neuen Sexarbeitsgesetzgebung handelt es sich um das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG 2016), das im Juli 2017 in Kraft getreten ist. Das Gesetz brachte u.a. die Einführung einer Registrierungspflicht für sexarbeitende Personen mit sich, die von politisch aktiven Sexarbeiter*innen, Wissenschaftler*innen sowie einigen Teilnehmer*innen dieser Forschung heftig als Ausdruck der Moralisierung und Stigmatisierung von Sexarbeit kritisiert wurde und wird (vgl. Benkel 2018, Hofstetter 2022, Zimmermann-Schwartz 2018). In Berlin ging die Umsetzung dieses Gesetzes jedoch schleppend voran, sodass es im Zeitraum meiner Feldforschung von Juli 2017 bis August 2018 noch nicht vollumfänglich durchgesetzt wurde. Während das ProstSchG selbst somit keine zentrale Rolle im Forschungsprozess einnahm, wirkte sich v.a. der dem Gesetz vorangegangene Diskurs direkt und indirekt auf die Lebensrealitäten der Forschungsteilnehmer*innen aus. Denn darin fungierte die Figur der ›osteuropäischen Prostituierten‹ als Symbol für die (passiven) Opfer der deutschen Sexindustrie, die es zu schützen galt. Damit wurden jedoch nicht nur moralische Bewertungen von Sexarbeit reproduziert, sondern auch die Peripherisierung ›Osteuropas‹ gegenüber einem in (West-)›Europa‹ zentral verorteten Deutschland (Hill/Bibbert 2019: 26).

Für Irina und die 44 anderen Teilnehmer*innen dieses Forschungsprojekts handelte es sich dabei keineswegs (nur) um eine philosophische Diskussion. Denn die Marginalisierung von Personen, die entlang ethnisiert-rassifizierter, vergeschlechtlichter und klassistischer Kriterien als ›osteuropäisch‹ kategorisiert werden, erzeugt zahlreiche Ausschlüsse am Arbeits- und Wohnungsmarkt, die die Sexarbeit für die Teilnehmer*innen überhaupt erst zu einer möglichen oder notwendigen Einkommensquelle werden ließen. Die Aufnahme einer als moralisch ›fragwürdig‹ angesehenen Tätigkeit bedingte wiederum, dass die (angestrebte) Verwirklichung eines freien, erfolgreichen und/oder ›guten‹ Lebens zu einem komplexen Prozess wurde. Dabei erwies sich gerade die (neo-)liberale ›europäische‹ Metropole Berlin als ein Ort, an dem ein ›gutes‹ Leben entlang (west-)›europäischer‹ Vorstellungen und Werte möglich erschien, der die Teilnehmer*innen aber gleichzeitig mit einer Stereotypisierung als ›Osteuropäer*innen‹ bzw. ›osteuropäische Prostituierte‹ konfrontierte. Im heterogenen urbanen

Raum Berlins konnten die Teilnehmer*innen ihre Positionierungen im Spannungsfeld zwischen verschiedenen Ein- und Ausschlüssen verhandeln, grundlegende Ausgrenzungsmechanismen jedoch nicht aufbrechen; mitunter trugen sie gar zur Reproduktion von Hierarchisierungen entlang von Geschlecht, Klasse und/oder Rassifizierung bei. Dabei zeigte sich, dass die Widersprüche und Prekaritäten in ihren Lebensrealitäten nicht bloß einen Nebeneffekt, sondern einen festen Bestandteil der Konsolidierung eines neoliberalen (West-)»Europa« als hegemoniale »europäische Idee« darstellten. Denn ihre ambivalente Position in (west-)»europäischen« Hierarchien bedeutete, dass die »europäischen Freizügigkeiten« der Forschungsteilnehmer*innen zwar vorhanden, aber zugleich prekär waren. Nach der Verwirklichung eines »guten Lebens« in »Europa« konnte also zwar gestrebt werden – dessen Erfüllung aber wurde zugleich strukturell verhindert.

Dieses Buch eröffnet somit einen Perspektivenwechsel zu den festgefahrenen Debatten über »osteuropäische Prostituierte«. In erster Linie gibt es Einblick in die heterogenen Lebensrealitäten sexarbeitender Migrant*innen aus »osteuropäischen« Ländern in Berlin, begreift dabei aber darin deutlich werdende Prekaritäten nicht (bloß) als »Problem« der Sexindustrie oder Deutschlands. Vielmehr zeigte sich in dieser Forschung, dass die Perspektiven, Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten der Teilnehmer*innen eng mit generellen neoliberalen (Trans-)Formationen europäischer Ost-West-Dichotomien der letzten dreißig Jahre und damit einhergehenden Differenzierungs- und Ausgrenzungsprozessen verbunden sind. Dabei erweist sich die Prekarisierung der Teilnehmer*innen nicht etwa als ein Ausdruck dessen, dass die in (west-)»europäischen« Diskursen propagierten Freiheiten und Mobilitäten schlichtweg noch nicht für alle erreicht sind. Vielmehr stellen ihre Prekaritäten einen Ausdruck der Fortschreibung neoliberaler »westeuropäischer« Hegemonien dar, deren »Freiheiten« grundsätzlich auf der Ausbeutung »anderer«, d.h. auch »osteuropäischer«, Menschen aufbauen.

1.1 »(Ost-)Europa« verkörperlichen: Alltägliche Manifestationen zwiespältiger Ideen

»[T]here is no »idea of Europe« that can gather all Europeans, East and West, under its aegis, although there have been myriad attempts to do so.«
(Parvulescu 2014: 3)

Bevor ich mich den Lebensrealitäten der Forschungsteilnehmer*innen zuwende, sind noch einige theoretische Rahmenbedingungen dieser Arbeit zu klären u.a. was an dieser Stelle eigentlich mit »(ost-)europäisch« gemeint ist. Denn bei »Europa« handelt es sich nicht bloß um eine geographische Bezeichnung, sondern um ein »heterogenes, multiples und un abgeschlossenes Projekt, [...] Produkt und Produktionsstätte einer global geteilten Verflechtungsgeschichte machtvoller post-kolonialer Beziehungen« (Adam et al. 2019: 7). Kritische (und) postkoloniale Perspektiven auf »Europa« (vgl. Adam et al. 2019, Chakrabarty 2009, Lewicki 2020, Loftsdóttir/Smith/Hipfl 2018, Rodríguez 2005, Said

1978) stellen zudem eurozentristische Ideen von Moderne, ›Zivilisation‹ und Fortschritt sowie die diesen Ideen inhärenten Dichotomien zwischen (›europäischem‹) Zentrum und (›außer-europäischer‹) Peripherie in Frage. ›Europa‹, bzw. besser gesagt Ideen von ›Europa‹, erweisen sich somit als relationale Konzepte, die ›Europa‹ und damit assoziierte Werte verschiedenen ›nicht-(ganz)-europäischen‹ ›Anderen‹ gegenüberstellen. Dabei wird letzteren all das zugeschrieben, was ›Europa‹ nicht ist oder sein soll. Durch diese Dichotomien werden auch Ausgrenzung, Ausbeutung, (Migrations-)Kontrollen und in letzter Konsequenz Entscheidungen über Leben und Tod legitimiert, wie z.B. im Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU) (vgl. Topak 2014).

Prozesse der Definition ›europäischer‹ Ideen und Identitäten basieren jedoch auch auf ›europa-internen‹ Differenzierungen entlang u.a. sozialer, kultureller und/oder ökonomischer Hintergründe, wie u.a. Adamovsky (2006), Ivasiuc (2017), Keinz/Lewicki (2019), Lewicki (2020), Parvulescu (2014), Wolff (1994) sowie Yildiz/De Genova (2018) analysieren. Denn bei hegemonialen ›Europa‹-Konzepten handelt es sich um auf dem gesamten Kontinent (und darüber hinaus) wirkmächtige Ideen, in deren Zentren meist implizit ›Westeuropa‹ steht. Letzteres bleibt in seiner Gleichsetzung mit ›Europa‹ unmarkiert, während ›Osteuropa‹ eines seiner ›Anderen‹ darstellt, das zwar Anteil an ›Europa‹ hat bzw. haben kann, sein ›Europäisch-Sein‹ allerdings erst beweisen muss (Parvulescu 2014: 3).

›Osteuropa‹ als Teil (west-)europäischer Selbst(-er-)findungen

Grundlegende Momente einer Trennung zwischen ›Osteuropa‹ und (implizit West-)Europa lassen sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen (vgl. Wolff 1994), als die Länder und Gebiete (süd-)östlich des primär deutschsprachigen Raumes (also (süd-)östlich der Grenzen des heutigen Deutschlands und Österreichs) durch Reisende, Philosophen und Schriftsteller als ›unzivilisierter‹ Raum zwischen ›Okzident‹ und ›Orient‹ beschrieben wurden (ebd.). Konstruktionen ›Osteuropas‹ und diesem zugeschriebener ›Völker‹ wie z.B. ›Slaw*innen‹ standen somit in Verbindung mit Orientalismus bzw. kolonialistischen Konstruktionen ›fremder‹, außer-europäischer Gesellschaften, weshalb Adamovsky (2006) die diskursive Konstruktion ›Osteuropas‹ im 19. Jahrhundert auch als *Euro-Orientalismus* bezeichnet. Wahrgenommen als großflächige interkontinentale ›unzivilisierte‹ Peripherie weckte die Region das Interesse von Geographen, Naturwissenschaftlern, Philosophen und auch den Vorfahren der (Sozial- und Kultur-)Anthropologie und Ethnologie, die sich an einer Beschreibung der dort lebenden ›Völker‹ versuchten (vgl. Wolff 1994).⁴ So popularisierte z.B. Johann Gottfried Herders Werk *Ideen*

4 Die Sozial- und Kulturanthropologie bzw. ihre disziplinären Vorfahren und Verwandten unter anderen Namen, insbesondere die (Europäische) Ethnologie und Volkskunde, sind auch weiterhin an der (Re-)Konstruktion ›Osteuropas‹, der ›Slaw*innen‹ und Rom*nja und Sini*zze als ›europäische‹ ›Andere‹ beteiligt (vgl. Buchowski 2010). Während sich über das 19. und 20. Jahrhundert in verschiedenen Ländern im Osten Europas eigene sozial- und kulturanthropologische bzw. ethnologische Fachtraditionen entwickelten, wurde die Region aus Perspektive ›westlicher‹ bzw. ›westeuropäischer‹ Sozial- und Kulturanthropolog*innen primär als Forschungsobjekt wahrgenommen, während dort tätige Wissenschaftler*innen und ihre Theorien kaum rezipiert wurden (ebd.). Die-

zur *Philosophie der Geschichte der Menschheit* (Herder 1869) die Idee der ›slawischen Völker‹ (Wolff 1994: 286), die im Laufe der Jahrhunderte sowohl zu ihrer Unterdrückung als auch ihrer Emanzipation im Rahmen von Nationenbildungsprozessen beitrug (ebd.: 286ff). Aus Sicht der ›westeuropäischen‹ Monarchien war die Region zudem ›unbeanspruchtes‹ Land und dadurch Ziel von Expansionsbestrebungen, die mit der außereuropäischen Expansion vergleichbare (jedoch nicht gleiche!) koloniale Verhältnisse schufen wie z.B. im Zuge der Teilungen Polens durch Preußen, das Habsburgerreich und das russische Zarenreich (vgl. Barekowski/Kraft/Röskau-Rydel 2016).

Die mit diesen Prozessen einhergehende Rassifizierung der ›Slaw*innen‹ (vgl. Lenny 2019, Vlahek 2022), ihre Assoziation mit ›Osteuropa‹ sowie die Vermischung antislawischer und antisemitischer Narrative in den deutschen Debatten um die Region (vgl. Barekowski/Kraft/Röskau-Rydel 2016, Jaworska 2011) fanden im Nationalsozialismus ihren extremsten Ausdruck (vgl. Burkert 2000, Burleigh 1989). In der nationalsozialistischen Rassenideologie als ›minderwertig‹, aber für Arbeitszwecke ›brauchbar‹ eingestuft, ging die Eroberung des ›Lebensraums im Osten‹ mit der Verfolgung und Verschleppung von als ›Slaw*innen‹ rassifizierten Menschen einher, die u.a. auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands ausgebeutet wurden (vgl. Freitag 2005, Vlahek 2022). Zudem machten ›Slawinnen‹ einen wesentlichen Anteil der Frauen aus, die in Wehrmachts- und KZ-Bordellen sexuell ausgebeutet wurden (vgl. Sommer 2010). Aus dieser Geschichte ergibt sich eine spezifische Beziehung Deutschlands zu ›Osteuropa‹, zumal antislawische Narrative mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht verschwunden sind. Der Begriff Antislawismus ist jedoch für die Beschreibung kontemporärer Prozesse nur bedingt angebracht, da er selbst die Existenz eines kollektiven ›Slawentums‹ suggeriert. Dabei macht er die Existenz anderer ethnischer Gruppen im östlichen Europa unsichtbar, die in aktuell verbreiteten ›Osteuropa‹-Klischees durchaus mitgemeint werden, wie z.B. Rumän*innen, Ungar*innen sowie Rom*nja und Sinti*zze (Vlahek 2022: 32).

Insofern ist die Trennung zwischen Ost- und Westeuropa nicht erst im Kalten Krieg entstanden, sondern baut vielmehr auf diesen historischen Entwicklungen auf (Parvulescu 2014: 3). Durch den Kalten Krieg wurden Ost-West-Dichotomien im 20. Jahrhundert aber zugleich weiter (trans-)formiert. Dass diese Trennungen mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs – entgegen idealisierender Narrative der ›europäischen Einigkeit‹ – nicht verschwunden waren, fand z.B. darin Ausdruck, dass es die ›osteuropäischen‹ Länder waren, die für den Beitritt zur EU bzw. für Assoziierungsabkommen ›europäisiert‹ werden müssen (vgl. Gressgård/Husakouskaya 2020), also aus institutioneller Perspektive weiterhin ihr ›Europäisch-Sein‹ erst unter Beweis stellen mussten (Parvulescu 2014: 3).

se ›Hierarchien des Wissens‹ (ebd.) und die sozial- und kulturanthropologische Erfindung ›Osteuropas‹ setzte sich auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs unter dem Begriff bzw. Forschungsfeld des ›Postsozialismus‹ fort. Und wie Reflexionen von Sozial- und Kulturanthropolog*innen aus den ›osteuropäischen‹ bzw. europäisch-postsozialistischen Ländern verdeutlichen (vgl. Schriever 2020), sind diese Ungleichverhältnisse bis heute in disziplinären Zusammenhängen vorhanden. Diese disziplinären Altlasten lassen sich durch einzelne Forschungsarbeiten wie die vorliegende nicht gänzlich auflösen, können und müssen aber dennoch im Forschungsalltag und in der Auswahl von Literatur berücksichtigt werden, z.B. indem – soweit sprachlich möglich – gezielt Arbeiten von Anthropolog*innen aus dieser Region einbezogen werden.

Dementsprechend lässt sich ›Osteuropa‹ auch geographisch nicht eindeutig definieren, da dabei verschiedene Wertigkeiten, Geschichten und Relationen zu berücksichtigen sind. So wird ›Osteuropa‹ in Deutschland manchmal als das Gebiet zwischen Deutschland und Russland definiert. Im alltäglichen Gebrauch (und darüber hinaus) wird Russland aber teilweise auch in die Definition von ›Osteuropa‹ eingeschlossen. Diese Unterschiede verweisen auf verschiedene Wahrnehmungen der Region. So fungierten das russische Zarenreich, die Sowjetunion und das heutige Russland als Kolonialreich (vgl. Morozov 2015), das u.a. ihm westlich gelegene Regionen und Länder bis heute okkupiert und kolonialisiert und dementsprechend nicht in derselben Kategorie wie diese Länder verortet wird. Dass Russland allerdings in deutschen bzw. westeuropäischen Diskursen oftmals nicht in einer derartigen Position gesehen wird, liegt wiederum daran, dass das Land durch die Assoziation mit ›slawischen Völkern‹ hier durchaus als Teil ›Osteuropas‹ wahrgenommen wird. Dabei lässt es sich als Ausdruck der Abwertung ›Osteuropas‹ verstehen, dass die Machtposition Russlands in ›Osteuropa‹ und Zentralasien aus ›westeuropäischer‹ und besonders deutscher Perspektive kaum wahrgenommen wurde – und zum Teil auch trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 weiterhin nicht wahrgenommen wird.

Darüber hinaus existiert eine ebenso streitbare Trennung zwischen Ost- und Mitteleuropa, die z.B. von verschiedenen politischen Akteur*innen aus u.a. Polen und Tschechien genutzt wird, um sich von der Kategorie ›Osteuropa‹ zu distanzieren (Parvulescu 2014: 3). Gleichzeitig verweist sie im Kontext der deutschen bzw. deutschsprachigen Geschichte aber wiederum auf Herrschaftsansprüche in der Region, nämlich die (angestrebte) Vorherrschaft deutschsprachiger Ethnien bzw. Nationen über die Regionen und verschiedenen ethnischen Gruppen ›Mitteleuropas‹ (vgl. Theiner 1984). Für diese Arbeit waren schließlich im Deutschland der 2010er Jahren alltäglich gebrauchte Definitionen von ›Osteuropa‹ ausschlaggebend, die darunter undifferenziert Länder (süd-)östlich von Deutschland zusammenfassten.⁵ Diese Definition wird allerdings nicht als Fremddefinition für die Herkunftsregion der Teilnehmer*innen herangezogen, sondern als zentrales Narrativ, demgegenüber sie sich in ihrem Alltag in Berlin positionieren konnten (oder mussten.)

Verkörperlichte Differenzen und Grenzen ›europäischer‹ Zugehörigkeiten

Die Grenzen zwischen Europa und seinen ›Anderen‹ werden jedoch nicht nur auf geographisch-nationalstaatlicher Ebene gezogen. Die Verhandlungen unterschiedlicher ›europäischer‹ Ideen durchziehen viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und manifestieren sich in verschiedenen Objekten, Praktiken und Diskursen. Dieses Buch konzentriert sich auf die Frage der Verkörperlichung ›Europas‹ (vgl. Keinz/Lewicki 2019), d.h. wie ›europäische‹ (Nicht-)Zugehörigkeiten (vgl. Yuval-Davis 2006, Yuval-Davis 2011) – also (fluide) soziokulturelle, emotionale, affektive und/oder politische Verbindungen und (Selbst-)Identifikationen mit bestimmten Vorstellungen von ›Europa‹ – anhand von und

5 D.h.: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldau, Montenegro, Nord-Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine und Ungarn.

durch Körperlichkeiten ausgedrückt werden (vgl. Mattes/Lang 2020). Ausgehend davon, dass verkörperlichte soziokulturelle Differenzen als »neither stable nor given« (M'charek 2010: 318) anzusehen sind, befasse ich mich insbesondere damit, wie und wo welche körperlichen Merkmale und Praktiken als Markierung von Differenzen aktiviert und interpretiert werden, also wie »(Ost-)Europäisch-Sein« in bzw. durch verkörperlichte Praktiken und/oder Zuschreibungen (re-)produziert wird.

Im Kontext »europäischer« Zugehörigkeiten liegt dabei die Bedeutung von Rassifizierungsprozessen auf der Hand, wird »Europäisch-Sein« in vielen seiner hegemonialen Definitionen doch eng mit weiß-Sein verbunden, während nicht-weißen Personen »europäische« Zugehörigkeiten abgesprochen werden und damit ihre Ausgrenzung legitimiert wird (vgl. Buchowski 2012, Goldberg 2006). In diesem Buch geht es v.a. um Menschen, die innerhalb dieser breiteren Hierarchien als weiß verortet sind oder werden. Deswegen untersuche ich v.a. Differenzierungslinien eines »europäischen« weiß-Seins (vgl. Lapiņa/Vertelytė 2020), die verdeutlichen, dass es sich bei ihm nicht um eine essenzialistisch-phänotypische Kategorie, sondern ein relationales Herrschaftsinstrument handelt. Zu berücksichtigen sind dabei auch die jahrhundertelange Ausgrenzung und Rassifizierung von Rom**nja* und Sinti**zze* als stereotype »europäische« »Andere« (vgl. Yıldız/De Genova 2018), die sich in aktuellen Diskursen mit Vorstellungen von »Osteuropa« vermischen (vgl. Ivasiuc 2017). Möglich wird eine derartige Vermischung, weil sich in »innereuropäischen« Differenzierungsprozessen ethnische (bzw. ethnisierte), rassifizierte und nationale Zuschreibungen überlappen. Hegemoniale (und z.B. durch die EU vertretene) Verständnisse eines »vereinten Europa« bauen auf der Idee eines Verbandes ethnisch homogener Nationalstaaten auf (Yıldız/De Genova 2018: 428), die zugleich mit weiß-Sein assoziiert werden. Dies führt in (ost- wie west-)europäischen Nationalstaaten dazu, dass nationale Zugehörigkeiten eng mit bestimmten ethnischen Zugehörigkeiten verknüpft sind und diese wiederum mit weiß-Sein (und meist auch einer christlichen Religionszugehörigkeit). Die Rassifizierung von Rom**nja* und Sinti**zze* ergibt sich somit auch aus ihrer spezifischen ethnischen Zugehörigkeit; ebenso sind Abstufungen zwischen (west-)»europäischem Weiß-Sein und »osteuropäischem« »nicht-ganz-weiß-Sein« mit ethnisch-nationalen Zuschreibungen verbunden (vgl. Lapiņa/Vertelytė 2020).

Es lassen sich zahlreiche weitere Themenbereiche identifizieren, anhand derer verkörperlichte Ideen des »Europäisch-Seins« verhandelt werden (können). Für den Kontext dieser Arbeit sind v.a. zwei Felder relevant, nämlich einerseits der Themenkomplex rund um Geschlecht(er) und Sexualität(en), und andererseits Differenzierungsprozesse entlang sozioökonomischer Hintergründe und die in ihnen ausgedrückten Zusammenhänge zwischen Klasse(n), Armut und Arbeit. Ein Blick in aktuelle europäische Medienberichterstattungen zeigt, dass es sich bei ersterem um ein auf politischer Bühne äußerst umkämpftes Thema handelt, das die Verknüpfung verschiedener Geschlechter- und Sexualitätsverständnisse mit »europäischen« Werten von Freiheit und Gleichberechtigung deutlich werden lässt: Vorfälle wie z.B. zur Silvesternacht 2015 in Köln fungieren dabei als Projektionsfläche rassifiziert-sexualisierter Ausgrenzungsmechanismen (vgl. Dietze 2016) in der Gegenüberstellung der weißen »deutschen« Frau als Objekt »europäischer« Fürsorge mit dem hypersexualisierten »muslimischen« und als nicht-weiß rassifizierten Mann, der sich vermeintlich nicht entlang »europäischer« Normen verhalten kann (vgl. Buchowski 2006). Im Hinblick auf die Rechte von Frauen und LGBTQ-Personen erweist

sich das Feld der vergeschlechtlichten Sexualitätsdiskurse aber auch als Ort der Grenzziehung zwischen ›Ost- und (West-)Europa‹: Während sich (West-)Europa‹ als liberaler Bewahrer bzw. Gewährleister von Frauen- und LGBTQ-Rechten gegenüber einem vermeintlich patriarchal-archaischen ›Osteuropa‹ positioniert (vgl. Trofimov 2019), werden die sexuellen Freiheiten (West-)Europas‹ von ›osteuropäischen‹ Regierungen als Verrat und Aufgabe ›europäischer‹ Werte und Traditionen interpretiert (vgl. Gressgård/Smoczy 2020).⁶ Vor diesem Hintergrund werden schließlich auch Debatten um den Umgang mit Sexarbeit zu Fragen ›europäischer‹ Identitäten (vgl. Foret/Rubio Grundell 2020, Mattson 2016), indem sich die Meinungen in zwei polarisierte Lager spalten: eines argumentiert für die Notwendigkeit eines Verbots der Sexarbeit als Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit in Europa; das andere fordert die Legalisierung oder Entkriminalisierung des Gewerbes als Gewährleistung der sexuellen Selbstbestimmung.

In medialen und politischen Diskursen weniger prominent, aber im alltäglichen Leben durchaus als wirkmächtig erweisen sich sozioökonomische Unterschiede und ihre (vermeintliche) Manifestation anhand von Kleidung, Aussehen und Verhaltensweisen in der Differenzierung zwischen ›Osteuropa‹ und (West-)Europa‹ (vgl. Castañeda 2015, Romano 2014). So fungiert ›Osteuropa‹ nicht nur anhand einer Dichotomie zwischen Peripherie und Zentrum als Gegenpol zu (West-)Europa‹, sondern auch entlang einer Gegenüberstellung von Armut und Reichtum. Unsichtbar gemacht werden dabei nicht nur armutsbetroffene Menschen in ›westeuropäischen‹ Ländern. Die Ethnisierung und Rassifizierung von Armut als ›osteuropäisches‹ Phänomen – in enger Verbindung mit der Rassifizierung von Rom*ⁿja und Sinti*^ze (vgl. Racleş/Ivasiuc 2019) – macht zudem die strukturellen (und mit dem Reichtum bestimmter gesellschaftlicher Schichten in ›Westeuropa‹ verbundenen) Ursachen für die in der Region durchaus vorhandenen sozioökonomischen Prekaritäten unsichtbar.

1.2 Sexarbeit als Knotenpunkt der Widersprüche des neoliberalen ›Europa‹

Die verkörperlichten Verhandlungen der verschiedenen ›Europas‹ und ihrer vielen ›Anderen‹ waren und sind eng mit der Etablierung und Verbreitung kapitalistischer Produktionsweisen verbunden (vgl. Federici 2004, Issar 2021). Schließlich baut der Reichtum (West-)Europas‹ und die damit einhergehenden ›Freiheiten‹ auf der jahrhundertelangen Ausbeutung ›nicht-europäischer‹ Menschen und Ressourcen auf. Die wirtschaftliche wie soziokulturelle Machtposition (West-)Europas‹ wird aber ebenso durch die Marginalisierung und Ausbeutung ›osteuropäischer‹ Personen aufrechterhalten. Auch diese haben eine lange Geschichte (s.o.), doch konzentriere ich mich an dieser Stelle auf die Zusammenhänge zwischen europäischen Ost-West-Dichotomien und Neoliberalisierungsprozessen, die sich v.a. in den letzten dreißig Jahren auf dem europäischen Kontinent entfaltet haben. Mit Neoliberalisierungsprozessen bezeichne ich

6 Im Detail betrachtet sind diese Debatten komplexer als ihre Verkürzungen auf diskursiver Ebene (vgl. Baer 2020, Keinz 2015), können an dieser Stelle jedoch nicht entsprechend ausführlich wiedergegeben werden.

hier nicht nur Transformationen kapitalistischer Arbeits- und Produktionsweisen wie z. B. zunehmende Privatisierungen, Austeritätsmaßnahmen, die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und die »commodification of everything« (Harvey 2007: 80), im Rahmen derer auch Sexualitäten, Intimitäten und emotionale Arbeit einer neoliberal-kapitalistischen Marktlogik unterworfen werden (vgl. Constable 2009, Weiss 2008). Ich beziehe mich dabei auch auf eine zunehmend individualistische bzw. individualisierende Perspektive, die persönliche Freiheiten, aber auch individuelle Verantwortung ins Zentrum stellt (vgl. Gill/Scharff 2013, Harvey 2007, Matejskova 2013a), bzw. möchte ich mit dem Begriff der Neoliberalisierungsprozesse auch auf die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Entwicklungen verweisen.

Diese zeigen sich z. B. darin, dass die sogenannten EU-»Osterweiterungen« nicht nur das Versprechen einer »Europäisierung« und Anteilhabe für »osteuropäische« Länder mit sich brachten, sondern auch die Erschließung neuer Wirtschafts- und Arbeitsmärkte für die »alten« westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Die Angliederung an die EU und die Notwendigkeit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit führte in den neuen EU-Ländern zu weitreichenden Veränderungen in den jeweiligen Arbeits- und Sozialsystemen, nämlich u. a. zu Privatisierungen, einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und dem Abbau von sozial- und arbeitsrechtlichen Absicherungen (vgl. Raudon/Shore 2018, Stan/Erne/Gannon 2020). Damit wurden die durch die EU-Beiträge gewonnenen Migrationsmöglichkeiten für viele »osteuropäische« EU-Bürger*innen zur ökonomischen Notwendigkeit, wurden aber aus neoliberal-individualistischer Perspektive als Ausdruck und Möglichkeit (west-)»europäischer« Freiheiten gleichzeitig als erstrebenswert konstruiert.

Das trägt dazu bei, dass sich gerade (aber nicht nur) Frauen aus »osteuropäischen« Ländern im 21. Jahrhundert »settled in mobility« (Morokvasic 2004) wiederfinden – in ständiger Bewegung zwischen verschiedenen Ländern. Dabei spiegeln ihre Migrationsbewegungen nicht nur ihre eigenen Handlungsspielräume, sondern auch wachsende sozioökonomische Abhängigkeiten wider (ebd.). Die zunehmende Kommodifizierung »weiblich« konnotierter Arbeitsfelder wie Hausarbeit und Pflege- bzw. Sorgearbeit und der steigende Bedarf an diesen Dienstleistungen lassen bereits seit Längerem eine »Feminisierung« von Migration erkennen (vgl. Ehrenreich 2003, Parreñas 2015). So wird diese Arbeit an vielen Orten der Welt primär von in den jeweiligen Kontexten migrantischen und entlang lokaler sozioökonomischer Hierarchien marginalisierten Frauen ausgeübt (vgl. Gutierrez-Rodriguez 2014). Für sie stellt Arbeitsmigration eine Möglichkeit (und Notwendigkeit) angesichts prekärer Lebensumstände dar (vgl. Ishkanian 2002), soziale Mobilität für sie selbst und ihre Familien zu realisieren (vgl. Bloch 2017, Keough 2006). Aufgrund der ebenso vielerorts verbreitenden Abwertung dieser Arbeitsbereiche ist dies jedoch teilweise nur unter äußerst ausbeuterischen Umständen möglich (vgl. Ong 2006). Strukturell gefördert werden diese Verhältnisse durch rigide Migrationsbestimmungen sowie mangelnde Anerkennung »ausländischer« Qualifikationen, die die entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten einschränken (Parvulescu 2014: 7). Verbunden mit den oben beschriebenen Differenzierungsprozessen führt dies dazu, dass in »Europa«, und besonders in Deutschland, der Pflegearbeitssektor eng mit »osteuropäischen Frauen« assoziiert wird, denen zugleich kaum andere Arbeitsfelder offenstehen. Zu bedenken ist dabei, dass die Auslagerung von Reproduktionsarbeit auf Migrant*innen Grundlage für die Freiheiten derjenigen ist, die sich diese Auslagerung

leisten können. Insofern sind es v.a. ›osteuropäische Frauen‹ bzw. diejenigen, die als ›osteuropäisch‹ angesehen werden, die ›europäische‹ Freiheiten produzieren, selbst aber nur bedingt an ihnen teilhaben können.

Die Inanspruchnahme der durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährleisteten Mobilitäten durch die Teilnehmer*innen und andere sozioökonomisch marginalisierte ›Osteuropäer*innen‹ veranschaulicht ein für dieses Buch zentrales Spannungsfeld zwischen individueller Handlungsfähigkeit (*agency*) und strukturellen Rahmenbedingungen im neoliberalen ›Europa‹. Denn die räumlich-geographischen Mobilitäten der Teilnehmer*innen lassen sich *sowohl* als Ausdruck von Handlungsfähigkeit und sozialen Mobilitätsbestrebungen *als auch* als eine durch sozioökonomische Marginalisierung gegebene Notwendigkeit interpretieren. In diesem Zusammenhang erweist sich migrantische Sexarbeit nicht als isoliertes Phänomen, sondern vielmehr als Knotenpunkt verschiedener Widersprüche europäischer Neoliberalisierungsprozesse, der zugleich auf die Grauzonen (neo-)liberaler Sexualitätsverständnisse verweist.

Sex und Arbeit im neoliberalen ›Europa‹

Auch wenn der *explizite Tausch sexueller Handlungen gegen Geld, geldwerte Objekte und/oder finanzielle Vorteile zum Zwecke der Einkommensgenerierung bzw. Bestreitung der Lebenserhaltungskosten*, wie ich Sexarbeit im Rahmen dieser Arbeit definiere, bereits lange vor dem Aufkommen des neoliberalen Kapitalismus existierte, sind die Arbeitsmodalitäten der Sexarbeit heute nicht losgelöst von derartigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu betrachten. Dabei sind folgende interdependente Prozesse zu bedenken: Die Neoliberalisierung von Sexualität (und intimen Beziehungen) hat zu ihrer weitreichenden Kommodifizierung beigetragen (vgl. Constable 2009). Zugleich hat sich (nicht nur) in (West-)›Europa‹ eine offen ausgelebte, qualitativ wie quantitativ vielseitige Sexualität zu einem Ausdruck ›moderner‹ (west-)›europäischer‹ Zugehörigkeiten (vgl. Trofimov 2019), und damit auch zu einer Form von Kapital (vgl. Kaplan/Illouz 2021), entwickelt. Dadurch entsteht bzw. vergrößert sich der Bedarf an ›Sexuellem‹, womit nicht nur Sexarbeit, sondern z.B. auch Sexspielzeuge, erotische Literatur usw. gemeint sind, was Sexualität zu einem (zumindest für manche) gewinnbringenden Geschäft macht. Gleichzeitig erweitert sich die Verfügbarkeit von Sexualität, nicht nur durch Produkte, sondern auch durch die Transformation von Moralvorstellungen.

Diese Entwicklungen sind ein anschauliches Beispiel für die Verschmelzung neoliberal-kapitalistischer mit cisheteronormativen und ethnisiert-rassifizierten Strukturen, da von dieser sexuellen ›Befreiung‹ v.a. (weiße) cis Männer profitieren (Weeks 2002: 26f). Für Personen anderer Geschlechter und insbesondere (cis wie trans) Frauen bedeutet die neoliberale Kommodifizierung von Sexualität angesichts gleichzeitiger sozioökonomischer Marginalisierung eine Fortschreibung vergeschlechtlichter Ungleichheiten, die jedoch abhängig von verschiedenen soziokulturellen Positionierungen unterschiedlich verhandelt werden können. Insofern erweist sich Sexarbeit auch als vielschichtiges Feld, in dem sich heterogene Spannungsfelder zwischen Handlungsfähigkeiten und strukturellen Bedingungen entfalten. Für die Teilnehmerinnen drückte sich dies z.B. darin aus, dass sie Sexarbeit als Alternative zu prekariertem Pflege- und Reinigungsarbeit ansa-

hen, in der Sexarbeit als ›osteuropäische‹ Frauen aber ebenso (im ideellen wie finanziellen Sinne) abgewertet wurden.

Dass die Verfügbarkeit von Pflege-, Reinigungs- und Sexarbeit im neoliberalen Europa also besonders durch die Marginalisierung von ›anderen‹, d.h. nicht- und ›osteuropäischen‹, (cis) Frauen gewährleistet wird, bedeutet jedoch nicht, dass ausschließlich diese davon betroffen sind. Denn erweitert man z.B. die Perspektive über die feminisierten Arbeitsfelder der Reproduktions- und Sorgearbeit hinaus auf (eher) männlich konnotierte Arbeitsbereiche, lassen sich ähnliche Prozesse entlang dieser regionalen bzw. ethnisch-rassifizierten Differenzierungen feststellen. Denn obwohl Technologisierung und Digitalisierung zwar zu einer Verringerung des Bedarfs an sogenannten ›unqualifizierten‹ Arbeitskräften (d.h. ohne höhere formelle Ausbildung) im Produktions-, Bau- und Landwirtschaftssektor beigetragen haben, sind gerade die letzten beiden Sektoren in Deutschland und anderen ›westeuropäischen‹ Ländern von ›billigen‹ Arbeitskräften aus dem ›osteuropäischen‹ bzw. nahegelegenen außereuropäischen Ausland abhängig, um u.a. die allgegenwärtige Verfügbarkeit billiger Lebensmittel aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang erwies sich Sexarbeit schließlich für die Teilnehmer als ambivalente Alternative angesichts prekärer Arbeitsmöglichkeiten.

Sexarbeit, Menschenhandel und moralische Panik

Von (bestimmten) Migrant*innen ausgeübte Sexarbeit ist nicht das einzige Arbeitsfeld, in dem die Paradoxien und Prekaritäten neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitiken in Europa (und darüber hinaus) deutlich werden (vgl. Bernstein/Jakobsen 2022, Kóczé 2016). Allerdings erfahren nur wenige Themen derart mediale und politische Aufmerksamkeit, moralische Aufladung und rechtliche Regulierung(-versuche) wie die Sexarbeit. Diese Aufmerksamkeit ergibt sich aus den Verflechtungen verschiedener Spannungsfelder in der Sexarbeit. Erstens steht die *explizite* Kommodifizierung von Sexualität trotz diverser Liberalisierungen in (West-)›Europa‹ in starkem Konflikt mit hegemonialen (insbesondere vergeschlechtlichten) Moralvorstellungen (vgl. Herdt 2009). Dies macht Sexarbeit zu einem Feld, das in medialen, politischen und gesellschaftlichen Diskursen als Verhandlungsraum von Sexualitätsvorstellungen fungiert. Im Hinblick auf die (Neo-)Liberalisierung von Sexualität lassen sich aktuelle Sexarbeitsdiskurse dabei auch als Verhandlung dessen verstehen, wie weit die Kommerzialisierung von Sexualität gehen kann oder sollte – denn schließlich handelt es sich bei Sexarbeit nur um ein Feld von vielen, in denen mit Sex(ualität) Geld gemacht wird.

Das gesellschaftliche Unbehagen mit Sexarbeit vermischte sich bereits seit dem späten 19. Jahrhundert mit Migrationsängsten. Von der Panik über den ›white slave trade‹, der (vermeintlichen) Verschleppung weißer ›europäischer‹ Frauen in außereuropäische Gebiete zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (vgl. Doezema 1999) bis zu aktuellen Menschenhandelsdebatten, -definitionen und -gesetzgebungen⁷ fungiert die moralische Pa-

7 Maßgeblich ist in aktuellen Debatten dabei auf EU- wie auch europäisch-nationalstaatlicher Ebene die Definition von Menschenhandel des sogenannten Palermo-Protokolls der Vereinten Nationen (United Nations 2000): »Trafficking in persons« shall mean the recruitment, transportation, transfer, harbouring or receipt of persons, by means of the threat or use of force or other forms of

nik über explizit transaktionale Sexualität als Projektionsfläche für Ängste und Vorbehalte gegenüber räumlich-geographischen Mobilitäten insbesondere von Frauen und als Abgrenzung von ›vulnerablen‹ und ›gefährlichen‹ ›Anderen‹ (vgl. Kempadoo/Sanghera/Pattanaik 2012). Die Existenz von Ausbeutung in der Sexarbeit bzw. von migrantischen Arbeitskräften insgesamt soll damit nicht geleugnet werden. Die durch Menschenhandelspanik legitimierte Migrationskontrollen und Regulierungsmechanismen von Sexarbeit befördern jedoch Abhängigkeiten und Ausbeutungsmöglichkeiten sowie die Stigmatisierung und Stereotypisierung dieser Personengruppen (vgl. Ditime 2012).

Dass durchaus berechtigte Fragen zu Arbeitsbedingungen und Alternativen von sexarbeitenden Migrant*innen aus (nicht nur, aber auch) ›osteuropäischen‹ Ländern zugunsten einer äußerst emotionalisierten und polarisierten Debatte und damit einhergehenden stereotypen Repräsentationen sexarbeitender Migrant*innen in den Hintergrund geraten, hängt schließlich damit zusammen, dass diese Debatte als Ausdruck von *sexual humanitarianism* (Mai 2014, 2018) selbst Teil der Konsolidierung neoliberaler Hegemonien darstellt. Denn wie Mai (2018) beschreibt, trägt der europaweite bzw. globale Aufruhr über Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung u.a. dazu bei, dass andere Formen von Ausbeutung und Prekarisierung normalisiert, die Kontrolle und Überwachung von Migrant*innen legitimiert und schließlich die strukturellen Bedingungen von Menschenhandel und Ausbeutung zugunsten einer individualisierten Opfer-Täter-Logik unsichtbar gemacht werden (ebd.: 3). Damit einhergehend werden auch verschiedene Dichotomien zwischen Zugehörigkeiten zu einem ›aufgeklärten‹, ›fortschrittlichen‹ und Menschenrechte wahrenden (West-)›Europa‹, ›Westen‹ oder entsprechenden globalen Communities und ›vulnerablen‹ bzw. ›gefährlichen‹ ›Anderen‹ konstruiert. Welche Migrant*innen wo als stereotype Opfer (und/oder Täter*innen) wahrgenommen werden, variiert je nach regionalem Kontext. Die Konstruktion der bzw. Fokussierung auf ›osteuropäischen Prostituierte‹ in Deutschland ist dabei alles andere als beliebig, sondern Ausdruck spezifischer Relationen zwischen Deutschland, ›Europa‹ und ›Osteuropa‹.

1.3 Sexarbeit, Migration und ›Europa‹ in Deutschland: Geschichte(n), rechtliche Rahmenbedingungen und Forschungsstand

Seit seiner Wiedervereinigung im Jahr 1990 entwickelte sich Deutschland (abermals) zu einem (ökonomisch) einflussreichen Staat in der EU bzw. im ›vereinten‹ Europa. Wie sich Deutschland in ›Europa‹ (und darüber hinaus) politisch, gesellschaftlich und/oder ideologisch positionieren kann oder soll, wird aber inner- wie außerhalb des Landes durchaus kontrovers diskutiert. Eine besondere Reibungsfläche stellt dabei das Thema

coercion, of abduction, of fraud, of deception, of the abuse of power or of a position of vulnerability or of the giving or receiving of payments or benefits to achieve the consent of a person having control over another person, for the purpose of exploitation. Exploitation shall include, at a minimum, the exploitation of the prostitution of others or other forms of sexual exploitation, forced labour or services, slavery or practices similar to slavery, servitude or the removal of organs.« (Ebd.)

Migration dar. Während es sich bei Deutschland zwar um ein multiethisches, multikulturelles und multikonfessionelles Land handelt, orientieren sich die Vorstellungen und institutionellen Praktiken des deutschen (National-)Staats dennoch weiterhin stark an Konzepten einer ethnisch homogenen weißen, ›deutschen‹ und christlichen Nation (vgl. Häusler 2002, Jahn 2012: 58ff). So werden z.B. Menschen mit ›Migrationshintergrund‹ – ein Begriff, der oft als Chiffre für nicht-weiße Menschen fungiert – weiterhin häufig nicht als Teil der ›deutschen‹ Gesellschaft wahrgenommen (Huschke 2013: 13ff), obwohl es sich bei Deutschland im Jahr 2020 um das zweitgrößte Einwanderungsland weltweit (nach den USA) handelte (Statista 2020). Bevor insbesondere Migration aus dem südlichen bzw. südöstlichen Mittelmeerraum durch die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ ins Zentrum deutscher politischer Migrationsdebatten gerückt wurde (vgl. Dietze 2016, Holmes/Castañeda 2016), schürten in den Jahren 2004 und 2007 die EU-›Osterweiterungen‹ Ängste vor einer ›Armutsmigration aus Osteuropa‹ (vgl. Lebedew 2013), die Migrationsdebatten, Gesetzgebungen in den 2000er und frühen 2010er Jahren sowie die Wahrnehmung von ›Osteuropäer*innen‹ maßgeblich prägten. In diesem Zusammenhang sind auch die Sexarbeitsdebatten der 2000er und 2010er Jahre zu verorten, die einen Schauplatz der Stereotypisierung von Migrant*innen aus ›Osteuropa‹ darstellen.

Sexarbeit, Migration, Menschenhandel: Rechtliche Rahmenbedingungen und Diskurse

In den frühen 2000er Jahren veränderte sich nicht nur die Zahl der Mitglieder der EU, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für Sexarbeit in Deutschland mit dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes (ProstG) im Jahr 2002. Dieses Gesetz stellte eine Liberalisierung, jedoch keine Legalisierung von Sexarbeit dar. Denn die Ausübung und Inanspruchnahme von Prostitution war in der Bundesrepublik Deutschland bereits davor legal. Die Legalität von Prostitution ging jedoch nicht mit ihrer Anerkennung als legitime Form von Arbeit einher – obwohl das Einkommen aus der Prostitution steuerpflichtig war (Kavemann 2010: 213). Relevant für die Regulierung des Gewerbes waren einige strafrechtliche Gesetze, aber auch Bau- und Gewerbeordnungen, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (bis 2001) sowie der Umstand, dass Prostitution rechtlich als »sittenwidrig« eingestuft wurde (Heying 2019: 33), wodurch jegliche Verträge zwischen sexarbeitenden Personen und ihren Kund*innen z.B. im Falle eines Rechtsstreits vor Gericht nicht anerkannt wurden.

Mit der Einführung des ProstG, das Prostitution als »sexuelle Handlungen gegen ein vorher vereinbartes Entgelt« definiert (ProstG 2001), wurde die Einstufung als »sittenwidrig« abgeschafft, mit der Begründung, dass sich gesellschaftliche Moralvorstellungen verändert hatten und sexarbeitenden Personen eine rechtliche Absicherung ihrer Tätigkeit als Arbeit zur Verfügung gestellt werden sollte. Symbolisch markierte das Gesetz also eine Positionierung Deutschlands als liberaler Nationalstaat, in dem Sexarbeit nicht mehr moralisch bewertet wird. Praktisch erwies sich das Gesetz jedoch nur als schwacher Kompromiss zwischen verschiedenen Bewertungen der Sexarbeit (vgl. Pates 2012), der kaum den Arbeitsrealitäten sexarbeitender Personen entsprach. So sollte z.B. der Zugang zum Sozialsystem durch die Ermöglichung sozialversicherungspflichtiger Anstellungsverhältnisse im Rahmen der Sexarbeit gewährleistet werden. Da Sexarbeit jedoch

hauptsächlich als selbstständige Tätigkeit ausgeübt wurde und weiterhin wird, sind sexarbeitende Personen bis heute meist selbst für den Zugang zu Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherungen verantwortlich (vgl. Probst 2022).

Nur wenige Jahre nach der Einführung des ProstG, nämlich vor und während der in Deutschland ausgetragenen Männerfußball-WM im Jahr 2006, begann sich eine mediale Aufmerksamkeit für den (vermeintlich) großen Anstieg von Menschenhandel und Zwangsprostitution aus ›Osteuropa‹ zu entwickeln (Hill/Bibbert 2019: 144). Bei dieser moralischen Panik (vgl. Herdt 2009, Weitzer 2005b) über einen vermeintlich durch sportliche Großveranstaltungen geförderten Menschenhandel handelt es sich um ein im 21. Jahrhundert global verbreitetes Phänomen, das z.B. auch im Rahmen der Männerfußball-WM in Südafrika (2010) oder des US-amerikanischen Super Bowl auftrat (vgl. Deering/Shannon 2012, Martin/Hill 2019). Die Mediendiskurse der frühen 2000er Jahre sind also einerseits als Ausdruck einer globalisierten moralisierten Debatte um Menschenhandel und dessen Unterbindung zu verstehen. Andererseits handelte es sich dabei um einen Moment, in dem sich auch spezifisch deutsche Sexarbeits- und Menschenhandelsdiskurse zu wandeln begannen und sich ›osteuropäische‹ Frauen zu einer zentralen Figur dieser Diskurse entwickelten.

Die mediale Aufmerksamkeit für Sexarbeit, Ausbeutung, Menschenhandel und ›Osteuropa‹ setzte sich in den frühen 2010er Jahren fort u.a. angeregt durch erste Erfahrungs- und Forschungsberichte (vgl. Kavemann/Rabe 2008), die ergaben, dass sich die Arbeitsbedingungen von sexarbeitenden Personen seit 2002 nicht wesentlich verbessert hatten. Die an diesen Debatten Beteiligten erkannten unterschiedliche Gründe dafür. Aktivistisch bzw. politisch aktive (oder zu dieser Zeit aktiv werdende) Sexarbeiter*innen und andere Personen, die sich für die Rechte von Sexarbeiter*innen einsetzten, kritisierten v.a. den geringen Umfang und die mangelhafte Umsetzung des ProstG. Prostitutionskritiker*innen hingegen sahen das Gesetz selbst und die damit einhergehende Liberalisierung als Ursache des Problems und forderten eine striktere Gesetzgebung, ein gänzlich Verbot und/oder die Abschaffung der Sexarbeit. Dass, wie von diesen Kritiker*innen oftmals argumentiert, die Einführung des ProstG zu einem deutlichen Anwachsen der Sexindustrie in Deutschland geführt hat, lässt sich aufgrund der mangelhaften Datenlage (s.u.) jedoch nicht bestätigen.

Ohne behaupten zu wollen, dass die deutsche Sexindustrie frei von Problemen, Ausbeutung oder Menschenhandel sei, argumentiere ich, dass die verstärkte Aufmerksamkeit für die (vermeintlichen) Lebenslagen von ›osteuropäischen Prostituierten‹ weniger als in sich selbst begründete Sorge um Menschenhandel zu verstehen, sondern vielmehr im Kontext europaweiter Neoliberalisierungsprozesse in den 2000er und 2010er Jahren und damit einhergehender Debatten um ›Armutsmigration‹ zu verorten ist. Denn dass Deutschland und das deutsche Sozialsystem durchaus einen Anziehungspunkt für einige Migrant*innen aus ›osteuropäischen‹ Länder darstell(t)en, hängt auch mit den in Abschnitt 1.2 erwähnten Privatisierungen und Einschränkungen der Sozialsysteme in den jeweiligen Herkunftsländern im Zuge der EU-Osterweiterung zusammen. Trotz bzw. zur Fortsetzung seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung blieb auch Deutschland von neoliberalen Umstrukturierungen des Sozialsystems in diesem Zeitraum nicht unberührt, wie z.B. die Einführung von Hartz IV und verschiedene Krankenkassenreformen zeigen. Und während im Jahr 2015 zwar ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn

in Deutschland eingeführt wurde, wurden im selben Jahr die Zugangsmöglichkeiten zum deutschen Sozialsystem für EU-Bürger*innen eingeschränkt, wovon insbesondere selbstständig tätige Personen, also auch sexarbeitende EU-Migrant*innen, betroffen waren. Statt einer Auseinandersetzung mit diesen Prozessen legitimierte die moralische Panik um Menschenhandel von ›osteuropäischen Prostituierten‹ jedoch im Jahr 2017 die Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG), das v.a. die Möglichkeiten zur Regulierung und Kontrolle (mutmaßlich) sexarbeitender Personen erweiterte (vgl. Benkel 2018).

Deutschland, das ›Bordell Europas‹? Datenlage und Forschungsstand

Verschiedene politische Akteur*innen legitimierten die Einführung des ProstSchG mit dem Postulat, dass sich Deutschland zum ›Bordell Europas‹ entwickelt hatte (Hill/Bibbert 2019: 92). Unterstützt wird diese Aussage mit der Berufung auf Statistiken über die angeblich äußerst hohe Anzahl von sexarbeitenden Personen in Deutschland. Es existieren jedoch keine verlässlichen quantitativen Erhebungen oder wissenschaftlich fundierte Schätzungen zum Umfang der Sexindustrie in Deutschland (Döring 2014: 102). Die immer wieder durch die Medien kursierende Zahl der »400.000 Prostituierten« beruht auf einer Schätzung einer Beratungsstelle aus den 1990er Jahren (Kavemann/Steffan 2013). Wissenschaftler*innen gingen in den 2010er Jahren davon aus, dass sich die Anzahl sexarbeitender Personen zwischen 64.000 und 200.000 bewegen könnte (ebd.). Fraglich ist jedoch, inwiefern diese Schätzung die jüngsten Transformationen der Sexindustrie, insbesondere die Digitalisierung des Gewerbes, berücksichtigt (vgl. Döring 2014) – ganz zu schweigen von den Effekten der Covid-19-Pandemie. Keine dieser Zahlen lässt sich somit fundiert belegen; die mangelhafte Datenlage erlaubt es jedoch auch nicht, Schätzungen eindeutig zu widerlegen.

Seit Inkrafttreten des ProstSchG im Sommer 2017 veröffentlicht das Statistische Bundesamt jährlich einen Bericht über die Anzahl der als Prostituierte registrierten Personen in Deutschland, der auch Auskunft über die Herkunftsländer dieser registrierten Personen gibt. So waren Ende 2018 ca. 32.800 Personen in Deutschland als Prostituierte registriert, davon 35 % mit rumänischer, 10 % mit bulgarischer und 7 % mit ungarischer Staatsbürgerschaft, wobei diese drei die häufigsten ausländischen Staatsbürgerschaften ausmachten (Statistisches Bundesamt 2019). Während sich somit zwar ein hoher Anteil an Migrant*innen aus ›osteuropäischen‹ Ländern unter den registrierten Personen bestätigen lässt, bleibt es fraglich, wie sich diese Statistik zur Anzahl der nicht-registrierten Personen (und ihren Herkunftsländern) verhält.

Eine ähnliche Problematik ergibt sich bei den jährlichen Lagebildern des Bundeskriminalamts zu Menschenhandel und Ausbeutung. Denn erfasst werden darin nur Fälle, die polizeilich abgeschlossen, d.h. zur Polizei gebracht und nach entsprechenden Ermittlungen als Fälle von Menschenhandel identifiziert und zur Anklage gebracht wurden. In den Jahren 2016 bis 2018 wurden in Deutschland jährlich 363 (2016), 327 (2017) bzw. 356 (2018) Fälle von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung polizeilich abgeschlossen (Bundeskriminalamt 2017, 2018, 2019), im Jahr 2019 sank die Zahl der Fälle auf 287 (Bundeskriminalamt 2020). Das Bundeslagebild Menschenhandel entspricht also (zumindest im Verhältnis zu den genannten Schätzungen bzw. der Anzahl der regis-

trierten sexarbeitenden Personen) nicht der diskursiven Konstruktion von Menschenhandel als weit verbreitetem Phänomen, jedoch ist von einer nicht näher zu bestimmenden Dunkelziffer an Menschenhandelsfällen auszugehen. Berlin ist dabei – neben Nordrhein-Westfalen – eines der Bundesländer, in dem die meisten Menschenhandelsfälle (insgesamt, d.h. nicht nur auf sexuelle Ausbeutung bezogen) identifiziert wurden. Auch daraus lässt sich jedoch nicht unbedingt schließen, dass es sich bei Berlin um ein Zentrum des Menschenhandels handelt, da sich seine Bedeutung als überregionales urbanes Zentrum nicht nur in seiner verstärkten Kriminalität, sondern auch in deren (teilweise) verstärkten Verfolgung widerspiegelt.

Während es an verlässlichen quantitativen Daten mangelt, gibt es verschiedene qualitative, sozialwissenschaftlich-empirische Forschungsarbeiten zu Sexarbeit in Deutschland bzw. Berlin. Ein wesentlicher Teil der deutschsprachigen sozial- und geisteswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Sexarbeit in Deutschland beschäftigt sich mit Fragen der Kontrolle und Regulierung des Gewerbes sowie den (möglichen) Auswirkungen des ProstG bzw. ProstSchG (vgl. u.a. Benkel 2015, 2018, Hill/Bibbert 2019, Kavemann/Rabe 2008, Kontos 2009, Leser/Pates 2019, Pates/Schmidt 2009, Thiemann 2020). Hinsichtlich der lokalen, urbanen Verortung des Forschungsprojekts erwiesen sich Arbeiten zu Sexarbeit und urbanem Raum – und insbesondere deren Interdependenzen im Zuge urbaner Neoliberalisierungsprozesse – in Deutschland und darüber hinaus als Referenzrahmen für die Aufarbeitung und Analyse der Berliner Sexarbeitslandschaften (vgl. u.a. Benkel 2010, Howe 2011, Hubbard 2019, Künkel 2011, 2016, 2020b, Löw/Ruhne 2011). Die Verknüpfungen zwischen Migration und Sexarbeit in Deutschland, insbesondere aus Perspektive sexarbeitender Migrant*innen, stellen in deutschsprachigen (publizierten) sozialwissenschaftlich-empirischen Forschungsarbeiten jedoch kein zentrales Thema dar. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Sexarbeit aus intersektionaler Perspektive und Arbeiten im Bereich der Gesundheitsforschung greifen Fragen zu Migration und soziokulturellen Hintergründen durchaus auf (vgl. Künkel/Schrader 2020, Santos-Hövener/von Unger 2012), hauptsächlich wird hinsichtlich Migration jedoch weiterer Forschungsbedarf identifiziert (vgl. Ott 2013).

Zu Berlin (bzw. teilweise darüber hinaus) finden sich jedoch einige englischsprachige Arbeiten, die sich aus ethnographischer Perspektive mit den Lebensrealitäten von cis-männlichen und trans Migrant*innen beschäftigen, die in der Sexarbeit tätig sind (vgl. Altay/Yurdakul/Korteweg 2020, Castañeda 2013, 2014, Ellison/Weitzer 2017, Trofimov 2019, 2020). Diese Arbeiten greifen dabei sowohl die verkörperlichten Grenzziehungsprozesse (vgl. Altay/Yurdakul/Korteweg 2020) als auch europäische Ost-West-Dichotomien auf (vgl. Trofimov 2019) und stellen damit einen zentralen Ansatzpunkt dieser Arbeit für die Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten von cis-männlichen und trans Personen aus ›osteuropäischen‹ Ländern dar. Mit Facetten der Lebensrealitäten von ungarischen cis Frauen, die in Berlin auf dem Straßenstrich tätig sind, beschäftigen sich die Arbeiten von Katona (2012, 2014, 2017), die die Beziehungen dieser Frauen zu ihren Partnern zwischen Intimität und ökonomischen Abhängigkeiten thematisieren. Verbindendes Merkmal aller dieser Arbeiten ist, dass sie sich alle mit Straßensexarbeit bzw. mit im öffentlichen Raum verorteter Sexarbeit beschäftigen, und damit also die wissenschaftliche Überrepräsentation von Straßensexarbeit (Weitzer 2009: 217) reproduzieren. Demgegenüber verfolgt diese Arbeit in Auseinandersetzung mit, aber auch

als Ergänzung zu diesen Studien einen Ansatz, der die Erfahrungen sexarbeitender Migrant*innen aus verschiedenen Bereichen und über den konkreten Arbeitskontext hinaus als Teil der lokalspezifischen verkörperlichten Verhandlungen ›(ost-)europäischer‹ Zugehörigkeiten begreift.

1.4 ›(Ost-)Europäisch‹ Sein und Werden in Berlin

»Berlin is the site where Eastern Europe takes place.« (Rander 2019: 75)

Kaum eine Stadt verkörperlicht das komplexe Verhältnis zwischen ›Osteuropa‹, Deutschland und (West-)›Europa‹, zwischen liberaler (west-)›europäischer‹ ›Moderne‹ und neoliberalen Verdrängungsmechanismen sowie Streitfragen um sexuelle Freiheiten und Freizügigkeiten derart wie Berlin. Der Ruf der Stadt als ›weltoffene‹, ›europäische‹ Metropole, ihre (historischen) Verflechtungen mit ›Osteuropa‹, sichtbar u.a. in den zahlreichen polnischen, russischen und andere ›osteuropäischen‹ Communities, sowie die geographische Nähe zu einigen der in diesem Forschungsprojekt berücksichtigten Ländern machten die deutsche Hauptstadt zu einem Anziehungspunkt für die Teilnehmer*innen. Auch wenn Migrant*innen aus ›osteuropäischen‹ Ländern auch in anderen deutschen Städten in der Sexarbeit tätig sind, war es diese spezifische Position Berlins, die Verhandlungen ›(ost-)europäischer‹ Zugehörigkeiten und Subjektivitäten nicht nur möglich und notwendig machte, sondern auch besonders deutlich werden ließ.

Berlin im 21. Jahrhundert: (Re-)Positionierungen einer ›europäischen‹ Metropole

Dass gerade Berlin eine zentrale Rolle in der Grenzziehung zwischen ›Ost-‹ und ›West-europa‹ einnimmt, lag in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf der Hand: Schließlich wurden mit dem Mauerbau 1961 die Grenzen zwischen dem kapitalistischen ›Westen‹ und dem sozialistischen ›Osten‹ wortwörtlich und unübersehbar durch die Stadt gezogen. Berlin nahm jedoch bereits davor – aufgrund seiner geographischen Lage und in seiner Position als Hauptstadt Preußens, des deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik sowie des Dritten Reichs – eine bedeutsame, aber auch problematische Rolle für die Verhandlungen verschiedener ›europäischer‹ Ideen und Deutschlands Positionierung in ihnen ein (vgl. Beachy 2014, Evans 2011, Prestel 2017). Diese vielfältigen Verflechtungen Berlins mit ›(Ost-)Europa‹ sind jedoch in den dominanten deutschen politisch-gesellschaftlichen Narrativen über die Stadt und ihre Wiedervereinigung kaum präsent. Gerade die Wiedervereinigung wurde und wird in Deutschland symbolisch als Erfolgsgeschichte propagiert, die allerdings v.a. aus westdeutscher Sicht erzählt wird und damit Parallelen zur (west-)›europäischen‹ Erzählung der Wiedervereinigung des Kontinents aufweist (vgl. Matejskova 2013b).

Während Berlin so – zumindest aus Perspektive der Bundesregierung (wie auch der Berliner Stadtverwaltung) – aus den Ruinen der geteilten Stadt abermals als gesamtdeutsche Hauptstadt sowie ›europäisches‹ politisches Machtzentrum auferstehen sollte (vgl. Cochrane 2006), konnten die Brüche in der Berliner Geschichte des 20. Jahr-

hunderts nicht plötzlich ungeschehen gemacht werden. Der administrative, politische und v.a. auch finanzielle (Wieder-)Aufbau der ehemals geteilten Stadt gestaltete sich also faktisch als komplexer und ambivalenter Prozess, der nicht nur positive Auswirkungen auf das Leben von Berliner*innen hatte. Im Rahmen dieses Prozesses sich ergaben sich jedoch auch materielle wie diskursive Freiräume, die Berlin zu einem Schauplatz für Experimente mit alternativen Lebensstilen und Utopien machten. »Arm, aber sexy« sei das Berlin der 2000er Jahre laut des damaligen Bürgermeisters Klaus Wowereit gewesen (Schultz 2018); je mehr Jahre ins Land gingen, desto deutlicher wurden allerdings die Spannungsverhältnisse und Unvereinbarkeiten verschiedener Visionen von und für Berlin sowie die Kluft zwischen dem inzwischen nicht mehr ganz so armen Berlin und den sozioökonomisch benachteiligten Teilen seiner Bevölkerung.

Geerbt hat das wiedervereinigte Berlin ebenso den sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der Deutschen Demokratischen Republik schwierigen Umgang mit Migrationsfragen und Rassismus (vgl. Göktürk/Gramling/Kaes 2007, Müller/Poutrus 2005, Sow 2018), d.h. v.a. auch die lange Abwesenheit dieser Themen in politischen Diskursen. Denn gerade Rassismus hat sich in Deutschland erst in den letzten Jahren langsam zu einem Teil öffentlicher Debatten entwickelt. Während positive Visionen der Multikulturalität der Stadt ein wichtiger Bestandteil der über ihre Grenzen hinaus über sie verbreiteten Narrative sind (vgl. Lanz 2007) (die ihr gleichzeitig eine Dämonisierung vonseiten konservativer bis rechtspopulistischer deutscher Politiker*innen einbringen), ist das urbane Leben für diejenigen, die abseits der weiß-deutsch-bürgerlichen Norm verortet werden, jedoch keineswegs eine ausgrenzungs- und diskriminierungsfreie Utopie. Gleichzeitig erweist sich Berlin aufgrund der Vielfalt seiner Bewohner*innen als Raum, in dem diese Norm auf politischer und aktivistischer Ebene kritisiert und herausgefordert wird, was aufgrund der (politisch und kulturell) zentralen Stellung Berlins weit über die Stadt hinaus rezipiert wird und sie somit auch zu einem Zentrum dieser Aushandlungen macht.

Urbane Grenzziehungsprozesse: Wer gehört zur (neo-)liberalen Stadt?

Spätestens in den 2010er Jahren ließ sich nicht mehr leugnen, dass die Etablierung des neoliberalen ›Europa‹ eindeutige Spuren in der Stadt hinterlassen hatte. Ein anschauliches Beispiel dafür war (und ist) der Wohnungsmarkt, innerhalb dessen sich aufgrund von Immobilienspekulation, neoliberaler Stadtplanung und Gentrifizierung die Mietpreise in den 2010er Jahren in permanentem Steigflug befanden, während das Einkommensniveau der Stadtbewohner*innen nicht dermaßen signifikant anstieg (vgl. Döring/Ulbricht 2018). So werden gerade am Wohnungsmarkt die Spannungen rund um die Frage sichtbar, wem die Stadt eigentlich (nicht) gehört, da cisheteronormative, rassistische und klassistische Strukturen beeinflussen, wer (k)eine Wohnung bekommen kann. Diese Prozesse stießen und stoßen jedoch weiterhin auch auf Widerstand und es formierten sich auf verschiedenen Ebenen Initiativen, die um eine offene Stadt und den Erhalt ihrer alternativen Räume und Lebenskonzepte kämpf(t)en.

Der sich in diesem Aktivismus präsentierende Ausdruck eines liberalen und sozialen Berlins entbehrt(e) allerdings nicht gewisser Ambivalenzen, hat sich die Liberalität Berlins inzwischen doch selbst zu einem Bestandteil seines Marktwerts entwickelt.

Dementsprechend war und ist auch das Verhältnis der Stadt, seiner Verwaltung und seiner Einwohner*innen zu Sexarbeit ein ambivalentes. Im deutschlandweiten Vergleich pflegt Berlin einen liberalen Umgang mit Sexarbeit, handelt es sich bei der Hauptstadt doch (neben Rostock) um eine der zwei deutschen Städte (Howe 2011: 27), die über keine Sperrbezirksverordnungen verfügen und Sexarbeit dadurch grundsätzlich im gesamten Stadtgebiet ausübbar machen. Zudem verfügt Berlin über vergleichsweise viele Anlauf- und Beratungsstellen für sexarbeitende Personen, die zum Teil vom Berliner Senat finanziert werden. Darüber hinaus existierten und etablierten sich im Forschungszeitraum verschiedene Initiativen und Projekte von und für sexarbeitende Personen, die gerade in linken und queer-feministischen Zusammenhängen (nicht unangefochtene) Unterstützung erfuhren. Überschneidungen zwischen (kommerzialisierter) Sexualität, Kunst und Nachtleben mach(t)en manche Bereiche der Sexindustrie schließlich auch zu einem sichtbaren Bestandteil des kulturellen Lebens der Hauptstadt und diese damit zu einem Anziehungspunkt für sowohl (sexuell explizite) Kunstschaffende als auch ihr Publikum.

Dennoch ist Berlin kein idealer Ort für sexarbeitende Personen. Auch die Berliner Sexarbeitslandschaft birgt an vielen Punkten Ausbeutungspotenzial (vgl. Katona 2017). Außerdem machen Stigmatisierung und Verdrängungspolitiken nicht an den Stadtgrenzen halt, insbesondere für diejenigen sexarbeitenden Personen, die nicht in das Image einer sexualisierten Vergnügungsindustrie passen (vgl. Künkel 2020b). So fungieren die Körper derjenigen, die Sexarbeit als zwiespältige Alternative der Einkommensgenerierung in neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftssystemen sichtbar machen, als lokale wie (trans-)nationale Projektionsfläche moralisierender Debatten über die Verfehlungen des modernen ›Babylon Berlin‹ sowie die Grenzen urbaner Zugehörigkeiten (vgl. Altay/Yurdakul/Korteweg 2020).

Trotz und wegen dieser Prozesse stellt Berlin eine (temporäre) Anlaufstelle in den Orientierungen (*orientations*) (vgl. Ahmed 2006) vieler Menschen aus ›osteuropäischen‹ Ländern dar. Die Migrationsbewegungen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in den 1990er als auch in den 2000er Jahren in Folge der EU-›Osterweiterungen‹ trugen dazu bei, dass Polen, Bulgarien, Rumänien und Russland unter den zehn häufigsten Herkunftsländern der Einwohner*innen Berlins ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu finden sind (Statista 2021). Ähnliche Verhältnisse zeigen sich im Hinblick auf einen breiter definierten ›Migrationshintergrund‹, bei dem auch Personen berücksichtigt werden, die nicht in Deutschland geboren wurden, aber die deutsche Staatsbürgerschaft (oder eine Doppelstaatsbürgerschaft) annahmen (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2021).

Die Hintergründe und Motivationen dieser Personen für einen (temporären) Aufenthalt in Berlin sind vielfältig: Imaginationen von Berlin als Ort freier Entfaltungsmöglichkeiten sowie eines im Gegensatz zu anderen ›europäischen‹ Metropolen leistbaren Lebens, aber auch die Anonymität der Großstadt machen die deutsche Hauptstadt zu einem Raum, in dem unterschiedliche und auch nicht-normative Subjektpositionen sowie soziale Mobilitäten verwirklicht werden können oder erscheinen. Es sind bei Weitem nicht alle dieser Menschen in der Berliner Sexindustrie tätig – vielmehr gestalten Personen mit ›osteuropäischem Migrationshintergrund‹ alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der deutschen Hauptstadt mit (vgl. Jockenhövel-Schiecke 2017). Diejenigen unter ihnen, die der Sexarbeit nachgehen, bewegen sich dabei jedoch aufgrund ihrer Tätigkeit in einer

rechtlich-moralischen und von strukturellen Ungleichheiten geprägten Grauzone, die individuelle Verhandlungen verkörperlichter Zugehörigkeiten in Berlin zu einem komplexen und spannungsgeladenen Prozess werden lässt. Warum für die Forschungsteilnehmer*innen ›Osteuropäisch-Sein‹ einer Inklusion in die in Berlin verhandelten Ideen von ›Europa‹ mitunter im Weg stand – und was überhaupt dazu führte, dass ihre Herkunft eine derart prominente Rolle in ihrem Alltag einnahm, war schließlich die ausschlaggebende Frage für diese Arbeit, die die darin ersichtlichen Ambivalenzen als Resultat und gleichzeitig Ausdruck lokalisierter Verhandlungen des neoliberalen ›Europa‹ analysiert.

1.5 Kapitelüberblick

Nach dieser Darstellung des breiteren theoretischen Rahmens stelle ich in **Kapitel 2** die methodischen Grundlagen meiner Forschung vor. Zur Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten sexarbeitender Migrant*innen aus ›osteuropäischen‹ Ländern führte ich von Juli 2017 bis August 2018 eine ethnographische Feldforschung durch, bei der v.a. teilnehmende Beobachtungen an Arbeitsorten wie dem Straßenstrich, sogenannten ›Stricherkneipen‹ und Stripclubs sowie ethnographische Gespräche und Interviews zum Einsatz kamen. Neben einer detaillierten Darstellung dieser und weiterer Methoden sowie der Forschungsgruppe und Zugängen diskutiere ich auch damit verbundene ethische und epistemologische Fragen ethnographischer Forschung in einem politisch und emotional äußerst aufgeladenen Feld und wie dieses mit *affective scholarship* (Stodulka/Selim/Mattes 2018) selbst- und machtkritisch navigiert werden kann.

Kapitel 3 widmet sich der Analyse Berlins als urbanem Raum der Verhandlung (neoliberaler) ›(ost-)europäischer‹ Zugehörigkeiten. Ausgangspunkt dafür ist der Straßenstrich im Kurfürstenkiez als Raum der Begegnung mit ›osteuropäische Prostituierten‹. In diesen Begegnungen versammelten sich lokale Stadtgeschichte(n), transnationale Migrationsbewegungen, europaübergreifende Marginalisierungen von armutsbetroffenen und als Rom*nja und Sinti*zze rassifizierten Personen sowie neoliberale Stadtentwicklungspolitiken, die die Sicht- und Erkennbarkeiten von sexarbeitenden Personen auf dem Straßenstrich bedingten. Insofern erwies sich der Straßenstrich im Kurfürstenkiez als Prisma komplexer Verhandlungen um urbane europäische Zugehörigkeiten, wobei v.a. die Körper der sexarbeitenden Frauen in alltäglichen Interaktionen und moralisierenden Debatten zur Projektionsfläche der Grenzen dieser Zugehörigkeiten wurden.

In **Kapitel 4** rücken die Erfahrungen, Motivationen und Perspektiven der Teilnehmer*innen in den Mittelpunkt. Dabei zeige ich auf, dass ihre Vorstellungen eines ›guten Lebens‹ (vgl. Berlant 2011, Fischer 2020) und ihre mobilen Orientierungen (*mobile orientations*) (vgl. Mai 2018) durch (Trans-)Formationen des neoliberalen (West-)›Europa‹ geprägt waren. Denn in ihren mobilen Orientierungen und Erfahrungen werden Widersprüche zwischen individualisierten Idealen von (sozialer wie geographischer) Mobilität und Freiheit und den in diesen (Trans-)Formationen (re-)produzierten sozioökonomischen Ungleichheiten deutlich, die das Verfolgen dieser Ideale entlang hegemonialer Wert- und Moralvorstellungen erschwerten bis verunmöglichten. Innerhalb die-

ses Spannungsverhältnisses erwiesen sich die Teilnehmer*innen als aktiv Handelnde, die Ungleichheiten reflektierten und manchmal herausforderten, sie an anderen Stellen aber auch reproduzierten.

Die folgenden drei Kapitel beschäftigen sich mit spezifischen Facetten der Verhandlung ›(ost-)europäischer‹ Zugehörigkeiten, in denen die skizzierten Ambivalenzen besonders deutlich wurden. **Kapitel 5** greift die Fragen der Differenzierung von ›europäischem‹ weiß-Sein auf (vgl. Krivosos/Diatlova 2020, Lapiņa 2020, Lapiņa/Vertelytė 2020) und wie diese mit Verhandlungen ›(ost-)europäischer‹ Zugehörigkeiten verbunden sind. In den Realitäten der Teilnehmer*innen spiegeln sich dabei Polyvalenzen ›osteuro-päischen‹ weiß-Seins wider, die es ermöglichen ihre Positionierungen innerhalb dieser Strukturen zu verhandeln, ohne sie jedoch gänzlich aufzubrechen, was wiederum zu einer Unsichtbarkeit von ›Osteuropäer*innen‹ abseits (west-)›europäischer‹ Stereotype beitrug.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit Sexualität im Kontext der Sexarbeit und darüber hinaus. Anhand der subjektiven Erfahrungen der Teilnehmer*innen zeige ich einige Leerstellen und Widersprüche eines individualisierten Sexualitätsverständnisses auf, das sich im Zusammenhang mit der Liberalisierung und Kommerzialisierung von Sexualität im neoliberalen ›Europa‹ ergibt. Die oftmals ambivalenten und nuancierten Erfahrungen der Teilnehmer*innen mit Sexualität finden in den hegemonialen (west-)›europäischen‹ Diskursen um Sexualität und Sexarbeit wenig Platz, wodurch die persönliche Verortung innerhalb dieser als auch die Verarbeitung von als problematisch empfundenen Erfahrungen erschwert wurde.

Kapitel 7 wendet sich der Frage zu, wie Sexarbeit in den Kontext von Lohnarbeit und Arbeitsmöglichkeiten für ›osteuropäische‹ Migrant*innen in Deutschland einzuordnen ist. Dabei argumentiere ich, dass die Aufnahme von Sexarbeit als Ausdruck und Effekt einer Prekarisierung (vgl. Butler 2015, Han 2018) ›osteuropäischer‹ Migrant*innen verstanden werden muss. Denn Arbeitsausbeutung, widrige Arbeitsbedingungen, gesundheitliche Schäden sowie unsichere Zukunftsperspektiven stellten für die Teilnehmer*innen kein Alleinstellungsmerkmal der Sexarbeit dar. Vielmehr verstanden sie Sexarbeit als ambivalente Möglichkeit, Prekarisierung zu entkommen und/oder sich als ›hart arbeitende‹ bzw. ›erfolgreiche‹ ›europäische‹ Subjekte zu positionieren, wofür sexarbeits-spezifische Gefahren auch bewusst eingegangen wurden.

In **Kapitel 8** verorte ich schließlich die Erkenntnisse dieser Forschung im breiteren Kontext der (Re-)Produktion des neoliberalen ›Europa‹, für die prekäre Freizügigkeiten marginalisierter Gruppen eine zentrale Bedeutung einnehmen. Bevor ich im **Nachwort** auf die Fortschreibung dieser prekären Freizügigkeiten im Kontext der Covid-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs eingehe, schliesse ich das Fazit als Ausblick mit der Frage ab, ob oder wie Freiheiten und Freizügigkeiten in Europa auch anders gedacht und gelebt werden (können).